

Persönlich



Stadtrat Raphael Golta
Sozialdepartement

Junge Zürcher*innen reden mit

Heute in einer Woche wird sich der Zürcher Gemeinderat zum allerersten Mal mit einem neuen politischen Instrument beschäftigen: Der sogenannte Jugendvorstoss ermöglicht es jungen Zürcher*innen, die städtische Politik mitzugestalten und eigene Wünsche und Ideen einzubringen.

Der Inhalt der nun eingereichten sieben Vorstösse wurde in den letzten Monaten im Rahmen des Pilotprojekts «Euses Züri – Kinder und Jugendliche reden mit!» an verschiedenen lokalen Versammlungen und an der im letzten November erstmals durchgeführten städtischen Jugendkonferenz gemeinsam erarbeitet.

Die thematische Bandbreite der eingereichten Vorstösse ist gross und reicht von finanziellen Vergünstigungen für Kinder und Jugendliche über die Öffnung von Turnhallen bis hin zur Prävention von Diskriminierung in den Schulen. Diese Themenvielfalt zeigt, dass sich die Kinder und Jugendlichen für ihre Stadt und das Zusammenleben als Gesellschaft interessieren. Und dass sie bereit sind, sich für ihre Ziele zu engagieren.

Mir liegt dieses Projekt sehr am Herzen. Denn für die Zukunft unserer Demokratie ist es wichtig, Kindern und Jugendlichen schon in jungen Jahren die politische Mitwirkung zu ermöglichen, sodass ihre Anliegen in politische Entscheide einfließen können und berücksichtigt werden. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist nicht zuletzt auch eine zentrale Forderung der UNO-Kinderrechtskonvention, deren nachhaltige Umsetzung die Stadt Zürich anstrebt.

Und ausserdem soll die Arbeit in Politik und Verwaltung ja die Interessen aller Zürcher*innen berücksichtigen – egal wie alt sie sind. Darum sollten wir den jüngsten Stadtbewohner*innen genau zuhören, wenn sie ihre Anliegen einbringen. Und auch wenn sich vielleicht nicht jede Idee umsetzen lässt, lohnt sich der Dialog mit den Jugendlichen in jedem Fall.

Sich selbst belohnen

Kontroverse Eine Mehrheit im Gemeinderat stimmte einer eigenen Lohnerhöhung zu. Die SVP spricht von «Schamlosigkeit» und ergreift das Referendum. **Von Jan Strobel**

Die Mitglieder des Stadtzürcher Parlaments haben im Grunde nur einen Chef – und das sind die Stadtzürcher Stimmberechtigten, die sie mit dem Amt und der damit verbundenen Arbeit im Gemeinderat betrauen. Gleichwohl hat der Chef in einem besonderen Punkt vorderhand nichts zu melden: Die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte können sich selbst ihren Lohn – eine Entschädigung für ihre Parlamentsarbeit – erhöhen. Letzten Mittwoch schritt das Parlament in einer langen Debatte zur Tat und stimmte mit einer deutlichen Mehrheit einer knappen Verdoppelung der eigenen Lohnerhöhung zu. Konkret sieht diese Totalrevision der Entschädigungsverordnung vor, die Bezüge der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte von heute rund 16000 Franken im Jahr auf rund 28000 Franken zu erhöhen. So soll zum Beispiel jedes Ratsmitglied eine Grundentschädigung von 1000 Franken pro Monat erhalten anstelle der aktuell geltenden monatlichen pauschalen Spesenvergütung von 260 Franken. Auch beim Sitzungsgeld will sich der Gemeinderat eine Erhöhung gönnen. Hier soll künftig im Minutentakt abgerechnet werden mit 1.20 Franken pro Minute einer Sitzungsdauer. Für eine dreistündige Ratsitzung werden so 216 Franken ausbezahlt. Heute erhält ein Ratsmitglied dafür 190 Franken. Zusätzlich will das Parlament die Bezüge bei einer Pensionskasse anschliessen.

Fundamental gegen die Entschädigungserhöhung stellt sich die SVP. Die Partei wird gegen den Entscheid des Gemeinderats das Referendum ergreifen und will damit eine Volksabstimmung ermöglichen. In der Debatte sprach SVP-Gemeinderat Samuel Balsiger von einem «scham-



Der Stadtzürcher Gemeinderat: Ein Mandat soll künftig mit rund 28 000 Franken jährlich entschädigt werden.

Bild: PD

losen Griff in die Staatskasse». In einer Zeit, in welcher der Mittelstand den Gürtel enger schnallen müsse, würden sich die «mitverantwortlichen Politiker» an «Steuergebern bereichern».

Auch die FDP sprach von einer «unangemessenen, gierigen Lohnerhöhung», ohne das Volk zu befragen. Sie hält die vorgelegte Totalrevision für zu wenig differenziert, scheiterte allerdings mit ihrem Rückweisungsantrag, der eine neuerliche Überarbeitung gefordert hätte. Für die FDP wäre eine Erhöhung der Bezüge um 20 Prozent gerechtfertigt gewesen. Darüber hinaus empfindet sie die Minuten-Entschädigung als absurd. «Welches Parlament der Welt wird nach Minutentarif entschädigt?», fragte FDP-Gemeinderat Roger Meier.

Das Mandat niederlegen

Befürwortet wurde die Lohnerhöhung von SP, Grünen, GLP, AL, von Mitte und EVP. Die SP führte das Argument ins Feld, dass es seit 25 Jahren keine Erhöhung der Entschädigung mehr gegeben habe; dies, obwohl der Mehraufwand für die Ge-

meinderätinnen und Gemeinderäte erheblich zugenommen habe. Gründe für diese Mehrbelastung sah Christian Traber (Die Mitte) im permanenten Anstieg der Zahl zu behandelnder Geschäfte und längeren Diskussionen im Rat. Die SP-Gemeinderätinnen Selina Walgis und Sofia Karakostas unterstrichen die heute immer schwieriger werdende Vereinbarkeit eines Gemeinderatsmandats mit der Familie oder dem Beruf. Politische Arbeit, so Sofia Karakostas, mache eine Reduktion des Arbeitspensums unumgänglich. «Für viele ist das finanziell nicht vertretbar.» Erschreckend viele Ratskollegen hätten aus diesen Gründen bereits nach kurzer Zeit das Mandat niederlegen müssen. Dabei sei der Gemeinderat kein Ort für Vermögende; der Zugang zu einem Mandat müsse für alle Bevölkerungsgruppen möglich sein. Nur so könne die Vielfalt der Gesellschaft im Parlament abgebildet werden. «Die erhöhten Entschädigungen sind also nicht einfach aus der Luft gegriffen», bekräftigte Sofia Karakostas in der Debatte.

Ihre Meinung zum Thema:
echo@tagblattzuerich.ch

Lust und Frust – diesen Monat mit Karin Weyermann, Die Mitte

➔ Mein Highlight war Weltklasse Zürich. Die Stimmung an diesem Leichtathletik-Fest war grandios. Die vielen Olympiamedaillen, die vertreten waren, zeigen, wie grossartig das Teilnehmerfeld jeweils ist. Die Leistungen der Athletinnen und Athleten waren beeindruckend. Ein besonders toller Moment war der Sieg der 4 × 100-Meter-Staffel der Schweizer Frauen.

➔ Der Gemeinderat hat letzte Woche mit der Teilrevision der Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung beschlossen, dass sich die Stadt an den Mehrkosten der privaten Betreuungseinrichtungen und Tagesfamilien beteiligt. Damit finanziert die Stadt Zürich zukünftig die Löhne von Mitarbeitenden privater Krippenanbieter.

